

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Nonpareillezeile 40 Pf. — Ausland 50 Pf.
Die viergespaltene Reklame-Petitzeile 2 M. — Für Platzvorrichtungen Sondertarif
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 5.— Mark,
bei Postversand M. 1,75 bzw. M. 7.—.

Nr. 142

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Überreichung der Friedensbedingungen an die österreichische Delegation.

Eine 15tägige Frist.

Paris, 3. Juni. (P. A. T.)

Beim nachm. erfolgte im Schlosse zu Saint Germain in dem Saale der Steinzeit die Überreichung der Friedensbedingungen an die österreichische Delegation. Als Vertreter der Entente waren anwesend: Clemenceau, der seinen Sitz in der Saalsmitte hatte, Wilson, der rechts neben ihm und Lloyd George, der links neben ihm saß. Die übrigen Plätze nahmen die Vertreter der alliierten und verbündeten Länder ein.

Nachdem alle Platz genommen hatten, trat die österreichische Delegation ein, die von Clemenceau mit einer Ansprache begrüßt wurde. Clemenceau erläuterte die Art des Verfahrens und führte aus, daß der Friedensvertrag die Angelegenheiten der Völker enthält, die an der Grenze Österreichs wohnen und die Bestimmungen betreue, die Länder Jugoslawiens und der Tschechoslowakei, ferner die Bestimmungen, betr. gewisse europäische Staaten und den Schutz der Minderheiten, sodann allgemeine Bestimmungen über die Interessen Österreichs in außereuropäischen Ländern, Bestimmungen über die See- und Luftfahrt, über die Kriegsgefangenenfrage, die Eisenbahnen, die Finanzen und dgl. Zunächst werden die Bestimmungen über die italienische Politik und die Finanzen, sodann wird die Entschädigungs- und Militärfrage durchgesehen werden. Die österreichische Delegation hat eine 15tägige Frist zur Niederlegung ihrer Bemerkungen. Eine Diskussion findet nicht statt.

Die Rede Clemenceaus wurde ins Englische, Italienische und Deutsche übersetzt. Sodann überreichte Dauda den Inhalt der Friedensbedingungen dem Kanzler Dr. Renner.

Kanzler Renner erhob sich von seinem Sitz und verlas eine Ansprache in Französisch. Er führte aus, daß das österreichische Volk mit Sehnsucht den Tag erwartete, an welchem es ihm möglich sein würde, angesichts dieser würdigen Versammlung, die die Würde der ganzen Welt trägt, zu lösen, welchen Art die Bedingungen seien, unter denen es das zu finden hofft, was einem unabhängigen Staat notwendig ist. Redner dachte des herausfordernden Verhaltens Österreichs und Deutschlands im Jahre 1914 und bezeichnete es als ein furchtbares Verbrechen. Sein Volk in Schutz nehmend, versicherte der Kanzler, daß es das Verbrechen nicht begehen wolle, wandte jedoch ein, daß vom Gesichtspunkt des Völkerrechts eine Verantwortung bestehe. Es ist aber unleugbar, daß alle Ländergebiete und die Gesamtbevölkerung der früheren Monarchie man verantwortlich für die Folgen des Krieges, zu dem die gestürzte Regierung sie gezwungen hatte, machen müssen. Es ist offenbar, daß auf die Gesamtbevölkerung das Erbgut des einstigen Kaiserthums falle, das Erbgut des Krieges, das Erbgut der Vernichtung und der niederzwingenden wirtschaftlichen Verpflichtungen.

Kanzler Renner schloß seine Ansprache mit den Worten: Ich gestehe Ihnen, meine Herren, daß sie uns die Friedensbedingungen als Sieger auferlegen werden. Und wir sind bereit, mit Wohlwollen jeden Vorschlag zu prüfen, den Sie uns unterbreiten, und jeden Rat, den Sie uns erteilen werden. Vor allen Dingen wird es unsere Pflicht sein, Ihnen die wirkliche Lage unseres Landes und unsere Lebensbedingungen zu schil dern.

Der Friedensvertrag.

Paris, 3. Juni. (P. A. T. Havas.)

Der Vertrag mit Österreich enthält in seiner gegenwärtigen Fassung viele Lücken. Der Abschnitt, betr. die Entschädigungen, ist noch nicht fertig. Die Grenzen der Tschechoslowakei werden von einer gemischten Kommission festgelegt werden. Der Vertrag sieht vor, daß verschiedene Minderheiten, die in den vergrößerten oder in den neuen Ländern wohnen, unter den Schutz der Völkerliga kommen. Diese Bestimmung ruft unter den Delegationen der beteiligten Völker große Unruhe hervor und es ist wahrscheinlich, daß sie ihre Meinungen in der heutigen Sitzung

den Sitzung vorbringen werden. Die Völker Mitteleuropas sind der Ansicht, daß eine Einmischung der Völkerliga in die Frage ihres Verhältnisses zu den erwähnten Minderheiten deren Selbständigkeit zu unterlaufen würde.

In der Frage der Versammlung der Vertreter der Nachbarländer Österreichs behauptet der „Gaulois“, daß ihre Forderung gerechtfertigt ist und daß der Wiener Rat sie nicht außer Acht lassen dürfe und eine Diskussion über den Vertrag mit Deutschland werde zugelassen werden müssen. Das Blatt zweifelt aber daran, daß dieser Vertrag sie zufriedenstellen werde, insbesondere nicht mit der Klaue, wonach Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei nur eine begrenzte Militärmacht unterhalten dürfe, während doch ihre Handelsgrenzen sich bedeutend vergrößert haben und ihre Völker leicht einem Nebenfall von außen ausgesetzt sein könnten.

Die Entente gibt nach?

Aus Paris wird nach Amsterdam gemeldet: In gut informierten Kreisen wird erklärt, daß die deutschen Vorschläge bereits in den führenden Konferenzkreisen besprochen wurden und daß wesentliche Änderungen des Friedensvertrages vorgenommen werden sollen, ehe er Deutschland zur definitiven Unterzeichnung vorgelegt werde. Diese Änderungen würden sich auf wirtschaftliche Bedingungen, die Schadensvergütung und die territorialen Absegnisse des Vertrages beziehen. Besonders die Bestimmungen über Oberschlesien würden einer Revision unterzogen werden. Deutschland könne auch sofort in den Völkerbund aufgenommen werden, wenn Frankreich seinen Widerstand dagegen aufgibt. Dass dagegen Deutschland als Mandat über seine früheren Kolonien, wie in den Völkerbund aufgenommen würde, sei nach autoritativer Mitteilung ganz ausgeschlossen.

Auch die Frage der Auslieferung des Kaisers werde wahrscheinlich noch einmal erwogen werden. Bekanntlich will Belgien in dieser Frage keine führende Rolle spielen. Die Amerikaner und Japaner sind immer einer Strafverfolgung abgeneigt gewesen. Wenn Deutschland nicht selbst die Auslieferung des Kaisers von Holland verlangt, ist es schwierig, wie man die Auslieferung erzielen kann. Daher ist eine Annahme dieser Bestimmung nicht ausgeschlossen.

Im allgemeinen ist die Auffassung in Konferenzkreisen, daß eine Vereinbarung erzielt werden kann, entschieden optimistischer als vor einigen Tagen.

Ganz anders lautet eine telegraphische Meldung aus Paris, die die P. A. T. verbreitet. Danach sind sich die Pariser Blätter in der Überzeugung einig, daß die Entente sich mit keinen wesentlichen Änderungen des Friedensvertrages mit Deutschland einverstanden erklären werde, insbesondere nicht mit der Bitte um mündliche Verhandlungen. „Echo de Paris“ meint, daß die Antwort der Konferenz sehr kurz sei und fast alle von den Deutschen berührten Unregungen ablehnen werde. Der „Matin“ schreibt, daß der erste Eindruck, den die Alliierten nach Empfang der deutschen Vorschläge hatten, der der Enttäuschung gewesen sei. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß die deutsche Note keiner Antwort würdig sei, da Deutschland die Abwälzung seiner Verantwortlichkeit für den Krieg ablehne und den Sieg der Verbündeten bestreite. Der „Matin“ nimmt nicht an, daß die französische und englische Regierung auf territoriale Zugeständnisse eingehen werden. Das Blatt fügt hinzu, daß die deutschen Vorschläge eine Befriedigung Wilsons seien und nimmt an, daß der letztere angesichts einer solchen Verzerrung seiner edelsten Idee Stillschweigen beobachten müsse.

Gegen die Unterzeichnung.

Berlin, 1. Juni.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt eine Aufforderung des Sozialdemokraten Franz Wels wieder, den Versailler Entwurf nicht zu unterzeichnen, damit die ganze Verantwortung für die unmöglichste Erfüllung dem Ententeimperialismus überlassen bleibe. Ein Einmarsch der Ententeheere nach Deutschland

land werde die beste Gelegenheit sein, die Proletarier der ganzen Welt zu revolutionieren und der Kapitalistenkoalition eine sozialistische Koalition der ganzen Welt entgegenzustellen. Keine Macht der Erde kann Deutschland zwingen, durch seine Rechtskraft zu stempeln.

Nielsen, Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes Dänemarks veröffentlicht im „Vorwärts“ einen Brief an das internationale sozialdemokratische Büro, worin er ein sofortiges Eingreifen der sozialistischen Internationalen fordert. Die Friedensbedingungen der Alliierten zeigten nicht die geringste Rücksicht auf die Wünsche der Verner sozialistischen Konferenz.

Die Wiener Mittagszeitung erzählt aus Lugano: Die Schweizer Presse bringt Meldungen, wonach die Deutschen den Friedensvertrag nicht unterschreiben werden. Die Deutschen trafen große Kriegsvorbereitungen. An die Spitze der aufzustellenden Truppen würden sich alle früheren Offiziere stellen.

Ebert über die deutschen Vorschläge.

Der deutsche Reichspräsident Ebert erklärte einem Vertreter der „Deutsch. Allg. Zeit.“: Die Gedankengänge in der Deutschen, welche die deutsche Regierung soeben den feindlichen Mächten auf ihre Friedensbedingungen überreichen ließ, sind so einfach und klar, die Folgerungen so scharf und aufrichtig gezogen, daß sie vorurteilslos und gerechter Aufnahme gewährt sein sollten. Das zynische Bekennnis zur Gewalt, welches der Friedensvorschlag der Entente darstellt, belastet sie mit einer durchbaren Verantwortung vor der ganzen Welt, wogegen der australische Erfolg leicht wiegt. In der feindlichen Presse wird öfters die Meinung vertreten, daß bei Aufrechterhaltung der von der Entente vorgeschlagenen Friedensbedingungen, das jetzige Ministerkabinett zurücktrete und durch andere zur Unterstreichung bereite Männer erzeigt werde, so daß die Schwierigkeiten schnell behoben würden. Hierbei wird aber vergessen, daß nach unserer vorläufigen Reichsverfassung der Friedensschluß durch Reichsgesetz erfolgen muß, also durch Übereinkunft von Nationalversammlung und Staatenausschuß. Die Nationalversammlung sprach sich mit erdrückender Mehrheit für den Standpunkt der Regierung aus, der Staatenausschuß stellte sich ebenfalls einmütig auf diesen Boden, so daß ich mir nicht vorstellen kann, wie ein in dieser Frage anders denkendes Kabinett das nach der Verfassung notwendige Vertrauen der Nationalversammlung finden könnte. Ein anderes Kabinett wäre nur möglich, wenn die demokratischen Errungenschaften der Revolution, aus denen die Nationalversammlung hervorging, beseitigt würden. Diesem Verlangen der Terroristen von links und rechts wird sich aber die große Masse unseres Volkes entgegenstellen. Unser Volk wird entschlossen an der Demokratie und seiner Selbstbestimmung festhalten.

Die italienischen Sozialisten gegen den Gewaltfrieden.

Berlin, 31. Mai.

Das „P. A. T.“ erfährt aus Lugano: Die sozialdemokratische Partei in der italienischen Kammer fügte eine Tagesordnung, welche den von der Entente den Völkern verheilichen Vertrag die größte Insammlung aller Zeiten und eine Quelle ewigen Hasses bezeichnet. Sie erklärt, die sozialdemokratische Partei werde die Ratifizierung des Vertrages im Parlament mit allen Mitteln bekämpfen und bei den kommenden Wahlen das Volk voll und ganz über den Vertrag aufklären. Die Tagesordnung wird allen sozialdemokratischen Parteien Europas übermittelt werden, in der Hoffnung, daß es unter ihren Auspizien die freiheitsmäderischen Regierungen weckt und der Vertrag gründlich geändert wird. Der Leitartikel im „Popolo d’Italia“ kommt darauf zurück, daß der Vertrag statuatisch geheimgehalten werde.

Italienisch-griechischer Konflikt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus dem Haag: Wie die amerikanischen Berichterstatter aus Paris mitteilen, ist es anlässlich der Belebung Smyrnas durch die Griechen zu einem italienisch-griechischen Konflikt gekommen. Nachdem bereits Smyrna durch die Griechen auf Grund des Mandates der Konferenz besetzt worden war, haben die Italiener ohne Erlaubnis und ohne Ernächtigung seitens der Konferenz militärische Landungen in Kleinasien ausgeführt und ein Gebiet besetzt, welches beinahe ein Drittel der Küste des Mittelmeers zwischen der europäischen Türkei und Ägypten ausmacht. Mit Ausnahme der Landung in Adalia sind alle Landungen auf Gebieten ausgeführt, auf welche die Griechen Anspruch erheben. Italien hat dadurch die griechisch-nationalen Ansprüche, von denen die meisten bereits durch die Konferenz anerkannt sind, erheblich verletzt.

Der Rat der Vier hat von der italienischen Delegation eine Erklärung dieses Schrittes verlangt. Hieran ist von Italien eine kaum genügende Antwort gegeben worden. Italien wies u. a. darauf hin, daß die Besetzung auf Grund des Übereinkommens im Londoner Vertrag geschehen sei.

Die „Daily Mail“ meldet eine neuerliche Landung mit italienischen Truppen in Pholosia bei Smyrna gegenüber der Insel Lemnos.

Der unbotmäßige d’Annunzio.

Ungeheure Aufsehen erregt in ganz Italien die Affäre d’Annunzios. Man hatte ihm verboten, am Gedenktag des Eintrittes Italiens in den Krieg zu sprechen, da man befürchtete, daß er die Angriffe auf die Gattin des Präsidenten Wilson wiederholen werde. Da d’Annunzio trotzdem sprechen wollte, wurde er vom italienischen Armeeoberkommando sofort zur Abreise ins Feld gezwungen. Daraufhin hat d’Annunzio dem Kriegsminister die Mitteilung zulassen lassen, daß er auf seine Majorcharge verzichte.

Ausrufung der Rheinrepublik.

Nauen, 3. Juni. (P. A. T.)

In Wiesbaden und Mainz wurde Sonntag in den Straßen durch Maueranschläge bekanntgegeben, daß die Rheinrepublik ausgerufen sei, die als Friedensrepublik gelten soll. Sie umfaßt das Hessenland, die Rheinpfalz und das Fürstentum Birkenfeld. Zur Hauptstadt ist Koblenz ausgewichen, obwohl die neue Regierung sich in Wiesbaden befindet. Es werden sofort Wahlen ausgeschrieben und die Verfassungsrechte ausgearbeitet werden. Die bisherigen Gemeinde- und Reichsbeamten bleiben in ihren Ämtern. Die Flugblätter und Aufrufe sind von 3 Arbeiterausschüssen der Rheinprovinz, von Hessen-Pfalz und der Rheinpfalz unterzeichnet. Die Namen der Regierungsmitglieder sind nicht erwähnt. In Koblenz und Köln ist die Republik öffentlich nicht verkündet, die Zeitungen aber nehmen diese Tatsache zur Kenntnis und erklären sich mit ihr einverstanden.

Nauen, 3. Juni. (P. A. T.)

In Wiesbaden ist die Alt-Nassauische Republik, in Koblenz die Rheinrepublik und in Speyer die Pfälzerpublik ausgerufen worden. In Wiesbaden rief das Publikum die an die Mauern gesetzten Bekanntmachungen herunter. Im allgemeinen herrschte Ruhe, eine gehobene politische Stimmung ist nicht bemerkbar. Nur in Mainz kam es zu kleinen Ausschreitungen. Es traf dort am Morgen ein Auto ein, aus dem einige Männer ausstiegen und angeblich im Auftrag des französischen Kommandanten in Wiesbaden die Flugblätter ausleben wollten, was die Bevölkerung jedoch verhinderte.

Berlin, 3. Juni. (P. A. T.)

Am 31. Mai versammelten sich über 100 Abgeordnete aus der Rheinprovinz und der Pfalz, um mit Scheidemann die Absonderungsbestrebungen der Rheinprovinz zu besprechen. Nach kläglicher Beratung kamen sie zu der Überzeugung, daß diese Frage jede Diskussion auskließe. Die Frage des Wechsels im Verhältnis zu Preußen kann

Die Rellame

wird zur Kunst und Wissenschaft, wenn sie in ethischer Form die Wahrheit verkündet.

Die wirksamste und sparsamste Rellame sichert nur

Gersdorff's Rellamebüro

84 Petritzer Str. Lodz Petritzer Str. 84

Fernsprecher 94.

Vereine und Versammlungen.

Ein neuer Verein. Am Montag nachmittag fand im Saale des Hotels Wartesaal unter dem Vorsitz des Ing. Lande eine Informationsversammlung des Warschauer Verbandes zur Sicherung des Vermögens der Polen, die im Ausland Verluste erlitten haben. Zur Versammlung waren eingeladen: Vertreter der Hauptverwaltung Rechtsanwalt Plewniowski und Direktor Lautenberg, die in längeren Referaten die Ziele und Ausgaben des Verbands darlegten. Erster Redner besprach die rechtliche, der andere Referent die finanzielle Seite des Unternehmens. Nach den Referaten entwickele sich eine lebhafte Ausprache, an der sich viele Anwesende beteiligten, worauf beschlossen wurde, eine Zweigstelle des Verbands für Lodz und das Lodz-Gebiet zu eröffnen. Zur Veröffentlichung dieses Beschlusses wurde eine Deputationskommission, bestehend aus den Herren: Dr. J. J. G. Klemenski, Dr. Rosenblatt, Bruszczyk, Ing. Lande, Solorzko und Reichstein, gebildet. Der Mitgliedsbeitrag wurde auf 100 M. jährlich festgesetzt, wovon 70% für die Zentrale in Warschau bestimmt sind. Aus diesen Mitteln sollen die Kosten bestritten werden, die die Zurückforderung des Eigentums der Mitglieder verursachen wird.

Gerichtschronik.

Ein gedungenener Mörder. Am 30. Dezember wurde im Dorf Nowica Krutewoje der Versuch gemacht, den Landwirt Jan Wieczorek durch einen Gewehrschuss zu töten. Einige Augenblicke später wurde im Dorf Nowica Słolachesa der Landwirt Poltarp Chrominski auf dieselbe Weise durch einen Gewehrschuss getötet. Wieczorek berichtet über den Vorfall, daß, als er abends gegenüber dem Fenster saß, jemand vor demselben einen Schuß abfeuerte; die Kugel zertrümmerte die Fensterscheibe und blieb in der Wand stecken. Kurz vorher hörte er beim Fenster Dritte gehörte. Da der Hund gleich aufgehört hatte zu bellen, zog Wieczorek den Schluß, daß dies Anton Gurski gewesen sein müsse, da der Hund bei dessen Ankunft nie bellte. Aus diesem Grunde verdächtigte Wieczorek Gurski auf ihn geschossen zu haben. Ungefähr 10 Minuten später hörte Wieczorek einen zweiten Schuß fallen. Diesmal wurde im derselben Weise durch das Fenster des Hauses des Poltarp Chrominskis geschossen. Die in demselben wohnende Balbina Steinberg eilte sofort in die Wohnung ihres Nachbarn, wo sie Chrominski blutüberström und bereits ohne Lebenszeichen am Boden liegen sah. Ihr Verlust fiel auf Kazimierz Majczak und die Frau des Ermordeten, die als frühere Referentin seit einem Jahr mit Majczak ein Liebesverhältnis unterhielt. Durch die Rückkehr Chrominskis nach vierjähriger Abwesenheit, wurden dem Liebespaar Hindernisse in den Weg gelegt. Zwischen den beiden Freuden kam häufig Streit und Zank vor, wobei die Frau ihrem Mann nie erklärte, daß sie mit ihm nicht weiter leben werde.

Majczak und Chrominski gestanden ihre Schuld in der Voruntersuchung nicht ein. Die lehrende suchte Anton Gurski verdächtig zu machen, so daß auch diese vor Gericht zitiert wurde. Gurski bestätigte, den Chrominski ermordet zu haben; Wieczorek habe er nicht erschrecken wollen. Er habe beim Abfeuern des Gewehrs auf niemand gezielt und nur einen Schreckschuß abgegeben. Majczak habe ihm für die Ermordung Chrominskis 1000 M. versprochen und so habe er sich dann zu dieser Tat überreden lassen. Zuerst habe Majczak ihm zur Ermordung des Chrominskis seinen Revolver angeboten. Später befand er ihn jedoch zu derartigen Tat für ungeeignet und gab Gurski 100 M. zum Kauf eines Gewehrs.

Kromszak behauptete vor Gericht, daß die Auslage Gurski, er habe ihm für die Ermordung Chrominskis 1000 M. gegeben, unwahr sei. Desgleichen war Chrominski nicht geständig.

Nach dem Verhör der Zeugen verurteilte das Gericht Anton Gurski zu 10 Jahren Zuchthaus und zum Verlust aller Rechte. Majczak zu 4 Jahren Zuchthaus und dem Verlust aller Rechte. Die Chrominskis wurde wegen Mängel am Beweisen freigesprochen. Außerdem mußten die Verurteilten zusammen 400 Mark Gerichtskosten und 11 Jahre jährlich für die unmündigen Kinder der Chrominskis zahlen.

Abschaffung der Leibesfrucht. Das Bezirksgericht beschäftigte sich mit der Angelegenheit der Herren Helene Mysak und der Pauline Garecka, die der Abteilung der Leibesfrucht angeklagt waren, die den betreffenden Frau nach sich zog. Die Angeklagten waren geständig. Das Gericht verurteilte die Herren Helene Mysak zu 3 Jahren Gefängnis. Durch Anwendung der Amnestie wurde ihr ein Drittel der Strafe geschenkt. Garecka wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus der Umgegend.

Alexandrow. Von der Feuerwehr. Am 1. Juni fand im Lokale der Alexander'sche Freiwilligen Feuerwehr die von der Verwaltung im ersten Termine einberufene Jahres-Generalversammlung statt. Es waren 60 Mitglieder erschienen, so daß zur Erledigung der Tagesordnung geschriften werden konnte. Herr A. Stiller eröffnete die Sitzung. Auf seinen Antrag wurde Herr K. Steckel von den Anwesenden zum Vorsitzenden der Generalversammlung berufen, der die Herren A. Stiller und G. Kunert zu Beisitzern berief. Von Herrn Stiller wurde der Rechenschaftsbericht für die Zeit von 1914 bis 1918 verlesen sowie von dem Vereinsvermögen Mitteilung gemacht. Im Laufe der Kriegszeit verstarben folgende Mitglieder: R. Horn, J.

Braunke, A. Schmidt, T. Stasiak, J. Szurminski, D. Frank, A. Krieger, F. Januszewski und P. Wiesner, deren Andenken durch Erheben von den Sitzen geehrt wurde. Darauf wurde die Verwaltung entlastet, die gleichzeitig ihr Mandat niedergelegt. Es wurde sofort zur Neuwahl geschritten. Gewählt wurden: zum Vorsitzenden Herr Bruno Hirsch, zum Stellvertreter Herr O. Lange, Kassierer H. C. Kalis, Schriftführer Herr J. Stasiak und dessen Stellvertreter H. C. Stadtlander, in die Verwaltung die Herren: J. Pfeiffer, F. Hadrian, P. Szurminski, A. Adamczyk; Revisionskommission: T. Schulz, G. Kuzmann; Kandidaten: J. Maciejewski und R. Böhm. Zum Kommandanten der Wehr wurde einstimmig Herr A. Grelich gewählt. Stellvertretender Kommandant wurde Herr W. Sokolowski, 1. Requisitor Herr W. Eisenau, 2. Requisitor Herr M. Gurski, 1. Zugführer J. Maciejewski, zu dessen Gehilfen R. Baum, 2. Zugführer G. Kuzmann, zu dessen Gehilfen F. Maciejewski, 3. Zugführer G. Müller, zu dessen Gehilfen A. Jesse. Korpsleiter wurde Herr P. Szurminski.

Die Sitzung wurde um 8 Uhr geschlossen. Die wackeren Wehrmannschaften ließen es sich nicht nehmen, ihre neuvergessenen Verwaltungsmitglieder hochleben zu lassen. Es gab so manchen Trinkspruch und manch edler Tropfen wurde seiner Bestimmung zugeführt; auch der nötige Trubel fehlte nicht. Bei dieser Gelegenheit wurde es mancher schöne und lebenswerte Wunsch geäußert; wir wollen hoffen, daß sie in Erfüllung gehen. Der Zeitmeister zeigte bereits elf Uhr als die Mannschaft, gehobenen Herzens, ihr Werk für das kommende Vereinsjahr getan zu haben, ihren Heimweg antrat. W. C.

Aus dem Reiche.

Warschau. Blutige Polizistenverfolgungen. Wir berichteten in unserer gestrigen Ausgabe kurz über einen blutigen Zusammenstoß zwischen Soldaten und der Polizei, der am Sonntag in Praga stattgefunden hat. Derselbe verlief nach den Aussagen der Kommunal- und Kriminalpolizei, wie folgt:

Am Sonntag begannen Soldaten hinter dem Zygmont-Park, wo sich ein Platz für Volksfeste befindet, in der Nähe des Tanzsaales auf dem Rasen zu tanzen. Als sich ein Polizist an einen der Soldaten mit der Bemerkung wandte, daß man nur im Saale tanzen dürfe und nicht auf dem Rasen, gerieten beide in ein Wortgefecht, das bald in eine Schlägerei ausartete. Im Laufe derselben eilten die anderen Soldaten ihrem Kameraden zu Hilfe. Der auf Wache stehende Geheimpolizist, Giechanowski, wurde, als er dem Polizisten zu Hilfe eilte, von einer Anzahl fragwürdiger Persönlichkeiten, darunter viele Soldaten, überfallen und mit Kugelschlägen und Bajonettschlägen darunter mishandelt, daß er kurz darauf starb. Darauf begaben sich die Radausträuber in der Zygmontstraße und begannen alle Polizisten zu entwaffnen. Selbst die Wagen der Elektrischen wurden angehalten und die Polizisten zur Entwaffnung herausgeholt. Dergleichen traten sie in die Wohnungen der Polizisten und nahmen diesen die Revolver, Bajonette und Säbel ab. Während dieses Zusammenstoßes wurden 6 Polizisten verwundet und zwei verprügelt. Beim Eintreffen des Juges der Warmer Kleinkabinen wurden 6 Polizisten, die mit diesem Angriffe angekommen waren, entwaffnet.

— Streik von Zeitungsausdrägern. Vorgeister sind alle Ausdräger und Ausdrägerinnen der jüdischen Zeitungen in den Ausstand getreten. Der Grund sind wirtschaftliche Forderungen.

— Ausstand der Uhrmacher. Alle jüdischen Uhrmachershelfer haben die Arbeit niedergelegt. Sie fordern ein Mindestlohn von 900 Mark monatlich.

Turek. Mord bei der Teilung der Beute. Am Sonntag wurde an dem Wege von Turek nach Wladyslawow die Leiche eines unbekannten Mannes gefunden, die mehrere von Revolverschüssen herriehende Wunden aufwies. Die sofort angestellten Ermittlungen nach dem Täter hatten Erfolg; es wurde ein verdächtiger Mensch festgenommen, der schließlich zugab, den Mord begangen zu haben. Er gab vor, daß er den ihm unbekannten Mann begegnet sei, der ihm den Vorschlag gemacht habe, gemeinsam das Unwesen des Mödlers unweit Wladyslawow zum Zwecke des Raubes zu überfallen. Da er darauf nicht habe eingehen wollen, hätte der Unbekannte einen Revolver hervorgezogen, um ihn zu erschießen. Er habe ihm aber die Waffe entrissen und sich gezwungen gesehen, den Angreifer mit dessen eigner Waffe zu erschießen. Diesen Ausgang des Verhötes wird jedoch kein Glauben geschenkt; man nimmt vielmehr an, daß auch der Verhaftete ein Bandit ist, der mit seinem Spießgesellen bei der Teilung der Beute in Streit geraten ist und ihn ermordet hat.

Lublin. Politische Versammlung. Nach einer Drahtmeldung der P. A. T. berichten die hiesigen Zeitungen, daß in der Versammlung christlicher Arbeiter, die am 1. Juni stattfand, zwei Beschlüsse gefasst wurden, von welchen der eine besagt, daß die polnische Schule, sowohl die allgemeine wie die mittlere, ein rein national-christliches Gepräge haben müsse, während der zweite Beschluß von der polnischen Regierung und vom Reichstag die sofortige Schließung der Reichsgrenzen vor dem Zustrom von Juden au-

dem Sowjetrepublik und aus der Ukraine sowie aus den von den polnischen Truppen besetzten östlichen Gebieten verlangt.

Letzte Nachrichten.

Um Polens Grenzen.

Posener Bericht vom 3. Juni.

Nordfront: An der ganzen Front lebhafter Erkundungstätigkeit starker deutscher Vorposten. Lukasewo wurde vom Feinde abermals mit Minen beschossen.

Westfront: An der Warthe Vorstöße von Vorposten. Bei Gurtow starles Artilleriefeuer auf unsere Stellungen. Bei Kamionna und Grojce Tätigkeit der deutschen Flieger.

Südfront: Bei Kubeczi, Perzyce und Kempen wurden zahlreiche feindliche Vorposten zurückgewiesen.

Broczynski, Generalleutnant, Chef des Stabes.

Entwurf eines Abkommens der Entente mit Polen.

Paris, 3. Juni. (P. A. T. Havas). Der polnischen Delegation ist der Entwurf eines Abkommens der Entente mit Polen in Sachen der nationalen Minderheiten überreicht worden. Diesen Entwurf ergänzt der Paragraph 93 des Friedensvertrages mit Deutschland. Die Nachricht, daß die Delegation den Entwurf angenommen hat, ist unrichtig. Diese Frage wird augenblicklich durchberaten.

Ergebnis der Prager Konferenz.

Warschau, 3. Juni. (P. A. T.) Auf Prag wird gemeldet: Am 25. Mai ist um 7 Uhr abends der Ministerpräsident Paderewski in Prag eingetroffen, um mit dem Präsidenten der tschechischen Republik Masaryk über die Frage Schlesiens zu unterhandeln. Um 7½ Uhr abends begann die Konferenz. Zu Beginn der Unterredung drückte Präsident Masaryk anlässlich der Ankunft Paderewskis seine Freude aus und wies darauf hin, daß beide Teile zur Beilegung der Konflikts bereit sind, der in nächster Zeit der friedlichen und gemeinsamen Arbeit den Platz einräumen müßte. Zur Entscheidung der Frage Schlesiens machte der Ministerpräsident den Vorschlag, eine gemeinsame tschechisch-polnische Kommission zu bilden, die über die tschechisch-polnische Grenze beraten soll. Die Beratungen dieser Kommission sollen in Krakau stattfinden. Präsident Masaryk erklärte sich mit beiden Vorschlägen einverstanden. Um 11 Uhr abends wurde die Konferenz beendet. Daraus begleitete Präsident Masaryk den Ministerpräsidenten Paderewski, der sich auf die weitere Reise nach Paris begab.

Zurückziehung der deutschen Truppen aus Litauen.

Berlin, 3. Juni. (P. A. T.) Die Verbündeten haben am 30. Mai der deutschen Delegation in Spa eine Note in der Frage der deutschen Truppen, die sich in den lettischen Gebieten und in Litauen befinden, überreicht. In dieser Note fordert die Entente die Zurückziehung der deutschen Truppen aus diesen Provinzen. General Goltz wird unter folgenden Bedingungen auf seinem Posten bleiben können: Erstens wird er Befehle erhalten, die auf die Einsetzung einer Vertretung, die alle lettischen Parteien umfaßt, hinweist. Zweitens wird er den lettischen Truppen und den Waffen herausgeben und ihnen die Freiheit des Abtransports zusichern. Drittens wird er der lettischen Regierung jegliche Freiheit und Kriegstätigkeit zusichern. Zur Annahme dieser Note hat die Entente einen 15tägigen Termin festgesetzt, der am 1. Juni beginnen hat, worauf die Belebung des Generals Goltz auf seinem Posten von neuem untersucht werden wird.

Zurückziehung der Ententetruppen aus Russland.

London, 2. Juni. Bei der Beratung über den Heeresvoranschlag im Unterhause deutete Churchill die Möglichkeit einer Zurückziehung der fremden Truppen aus Russland mit Ende Sommer infolge der günstigen Lage an. Er erklärte, der leitende Grundzog der Politik Englands sei, daß Russland durch die Russen gerettet werden müßte.

Kolischals Kabinett.

Paris, 3. Juni. (P. A. T.) Admiral Kolischal hat beschlossen, sein bisheriges Kabinett umzubilden. Präsident bleibt Bologocki; der Minister des Innern Gatenberg und einer seiner Sekretäre Grasianow tritt zurück. An Gatenbergs Stelle kommt sein zweiter Sekretär Peterajew. Dergleichen kommt an die Stelle des Justizministers Starenkiewicz der Generalsekretär des Präsidiums Telberg. Kultusminister wird Preobrajenski. Auch wird der Minister für Handel und Industrie Tschukin zurücktreten. Diese seit langer Zeit erwartete Änderung hat die Belebung der ganzen politischen Tätigkeit zum Ziel.

Wilsons Abreise abermals verschoben.

Versailles, 2. Juni. Frau Wilson ist erkrankt. Aus diesem Grunde, so wird erklärt, hat Wilson seine Abreise nach Amerika abermals verschoben.

Wilson gegen die Sozialisierung.

Versailles, 2. Juni. Die Vermutung, daß Wilson der ehrliche Wille Deutschlands, seine Betriebe zu sozialisieren, unbedingt wird, gewinnt Raum. Wilson scheint in dem Kampfe der alten kapitalistischen Weltordnung gegen den modernen Sozialismus durch Amerika selbst auf die Seite

Amtliche Verfügung.

Meldung der Wehrpflichtigen des Jahrgangs 1899.

Der Regierungscommisar und Polizeichef B. Brozec bringt durch Maueranschlag folgenden Befehl zur öffentlichen Kenntnis:

Im Sinne der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 18. März d. J. L. 40868, müssen sich alle in Lodz wohnhaften Männer, die im Jahre 1899 geboren sind, im Polizeipräsidium der Stadt Lodz, militärisch-polizeiliche Abteilung, Bielontastr. 8, während der Dienststunden in folgender Ordnung melden: Am 5. Juni diejenigen, deren Namen mit den Buchstaben A, B, C, D beginnt, am 6. Juni B, E, F, G, H, I, am 7. Juni G, J, K, L, am 10. Juni K, L, M, N, S, am 11. Juni K, O, P, R, am 12. Juni S, T, U, W, am 13. Juni S, Z und alle, die sich aus verschiedenen Gründen nicht früher melden konnten. Zu wiederholenden werden polizeiliche Ordnungssachen nach sich ziehen.

Immobiliensteuer.

Die staatliche Finanzbehörde für die Stadt und den Kreis Lodz setzt alle Lodzer Haushalte oder deren Vertreter davon in Kenntnis, daß die Frist zur Einreichung der Deklarationen zur Festlegung der Immobiliensteuer bis zum 15. Juni verlängert wird. Alle, die bis zu diesem endgültigen Termine die Deklarationen nicht eingereicht haben, werden auf Grund des Gesetzes vom 6. Juni 1910, Art. 67, mit 50 M. bestraft werden.

des Kapitals gezogen worden zu sein. Nach Informationen aus bester Quelle fürchtet man den Radikalismus des deutschen Volkes in dieser Frage fast mehr als seinen Militarismus.

Ein Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz.

Nauen, 3. Juni. (P. A. T.) Zwischen Deutschland und der Schweiz wird ein sechsmonatlicher Wirtschaftsvertrag mit einmonatlicher Kündigung abgeschlossen werden. Die Deutschen werden der Schweiz die Lieferung von 50—60.000 Tonnen Kohle monatlich, 250 Waggons Posttasche und 125.000 Tonnen Tomaten zusichern. Als Gegenleistung wird die Schweiz an Deutschland Lebensmittel abgeben.

Amerikas Geldhilfe zum Wiederaufbau der europäischen Industrie.

Paris, 2. Juni. (P. A. T.) Aus Washington wird gemeldet: Der Direktor der "War finance Corporation" Meyer begab sich am 31. Mai nach Europa, um mit Staatsbeamten, Bankiers und hervorragenden Industriellen bezüglich der erfolgreichsten Methode eines amerikanischen Kredits zu beraten, damit Europa die industrielle und finanzielle Wiederaufbau ermöglicht wird.

Erste Unruhen in London.

Basel, 31. Mai.

"Daily Herald" meldet: In London sind erste Unruhen unter den Arbeitslosen ausgebrochen. Im Hyde Park fanden Demonstrationen entlassener Soldaten und Matrosen statt. Über 15.000 Teilnehmer zogen vor das Parlament und suchten es zu stürmen. Die Polizei versuchte, die Demonstranten abzudringen, wurde aber mit Pfastersteinen beworfen. In verschiedenen Haupträdern kam es zu wütenden Ausschreitungen und Schießereien, wobei eine Anzahl Polizisten schwer verwundet wurden. Die Regierung plant strenge Maßregeln gegen weitere Unruhen.

Lotterie des Haupthilfsausschusses

R. G. O.

(Ohne Gewähr)

5. Klasse, 1. Ziehungstag.

8000 M. auf Nr. Nr. 25773.

5000 M. auf Nr. Nr. 22617.

1500 M. auf Nr. Nr. 27136 31

11 29 38 99 15013 32 110 13 67 204 26 31 437 45 52 43032 249 64 303 510 18 60 737 45 873 909 16 20 30
598 609 49 700 18 829 907 16018 20 140 61 328 422 44006 21 51 96 130 54 247 73 378 413 81 501 48 63
33 535 55 73 610 15 49 97 797 807 913 95 17071 109 97 610 15 727 941 92 45124 72 97 246 367 88 409
21 50 70 242 465 529 617 86 99 881 78 919 76 18039 515 97 741 831 40 81 950 80 93 46116 98 205 28 315
107 326 36 62 415 546 49 617 27 36 98 751 77 821 56 52 479 87 533 77 607 37 83 736 52 66 69 88 879 87
58 61 928 53 19013 348 405 11 15 63 556 95 633 40 903 09 4125 237 61 316 37 69 473 516 637 80 740
80 806 921 28127 215 39 45 59 339 410 21 30 574 66 99 842 65 67 924 71 96 48002 82 93 289 95 318
628 710 65 902 43 56 21022 116 253 62 97 508 12 35 92 444 92 556 687 93 764 809 38 58 67 925 37 407
43 63 646 81 96 710 22133 92 384 433 85 506 68 624 67 49058 70 98 130 234 83 339 81 439 77 84 580 613
65 757 68 819 966 23015 18 119 20 71 79 333 50 449 19 28 704 88 92 834 902 37 88.

Briefkasten.

A. R. Zu der von dem Kriegsvertragskommandos in Lodz Lieutenant M. Wosnowicz versiegelte Schrift über die Ausbildung der Kreis-Ergänzungskommandos ist in dem Abschnitt: Fremde Staatsangehörige zu lesen: Die Rekrutierungskommission des Kriegsministeriums hat hinsichtlich der fremden Staatsangehörigen bechlossen: Von den Wehrpflichtigen, die ihre Befähigkeit zu einem fremden Staate deklarieren, sollen lediglich diejenigen, die der Rekrutierungskommission unüberzeugbar nachweisen, und zwar auf Grund von amtlichen Papieren, daß sie Angehörige eines fremden Staates sind, von der Rekrutierungskommission vom Heeresdienst befreit werden. Als Beweis der fremden Staatsangehörigkeit können vor allem die Geburtszeugnisse des Wehrpflichtigen bzw. seines Vaters oder auch andere gültige Papiere gelten. Da die Frage der polnischen Staatsbürgerschaft noch nicht festgelegt wurde, so gibt es auch keine bezeichnenden Begriffe, was unter der fremden Staatsangehörigkeit zu verstehen ist. Die Kommission kann zum Grunde aufnehmen, daß die Staatsangehörigkeit des Baltes auf den Sohn fällt: wenn also der Vater außerhalb

der Grenzen Polens (ethnographischen und historischen) geboren ist, so kann der Sohn, auch wenn er in Polen geboren wurde, vom Heeresdienst befreit werden. Sind die Papiere ungültig, so hat der Wehrpflichtige vor der Kommission zu erscheinen und wird in das Heer eingereiht. Ihm steht aber das Recht zu, gegen die Entscheidung der Kommission bei dem Bezirks-Ergänzungskommando legbar zu werden. Die Klage kann innerhalb von 14 Tagen vom Tage der Einziehung an gerechnet, eingebracht werden. Den Klagen müssen Dokumente beigelegt werden, die die Anklagen des Klägers bestätigen; sie müssen vom zuständigen Polizeikommissar bestätigt sein, da die Klagschrift sonst unbeachtet bleibt. Gegen die Entscheidung des Bezirks-Ergänzungskommandos kann im Laufe eines Monats bei der Rekrutierungskommission des Kriegsministeriums (Sekreto Pohrowa in Uzupieni Ministerstwo Spraw Wojskowych) appelliert werden. Ihr Sohn kann einen Aufschub erhalten, wenn Sie nachweisen können, daß er Ihr einziger Erwachsener ist (§ 61). Die Rekrutierungskommission hat das Recht, Sie ärztlich untersuchen zu lassen, um festzustellen, ob Sie wirklich arbeitsfähig sind.

E. T. Das Einfachste ist, Sie wenden sich direkt an die Warschauer Technische Hochschule, die Ihnen auf alle Ihre Fragen erlösende Kunstnun geben wird.

E. T. J. Wir haben unzählige Male erklärt, daß wir anonyme Aufträge nicht beantworten. Wenn Sie uns nicht für würdig befinden, Ihren Namen zu kennen, wie sollen wir uns da bemühen, die Ihnen nötige Auskunft zu besorgen?

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter
Hans Kritie, Lodz.
Druck „Lodzer Freie Presse“, Petrikauer Straße 26

Warschauer Börse.

Warschau, 3. Juni	2. Juni
8% Oblig. der Stadt Warschau 1915/16	
6% Obl. d. St. Warschau 1917 auf M. 100	
5% Obl. der Agrar- bank auf M. 100	
4 1/2% Pfandbriefe der Agrar. A. und B.	275,50 200,00—50—75 —201,00—25
4 1/2% Pfandbriefe der Agrar. A. und B.	180,00—181,50 182,00—25—25
5 1/2% Pfandbriefe der St. Warschau auf M. 3000 und 1800	203,00—25—50 204,00—203,00 202,00—25
4 1/2% Pfand. der St. Warschau auf M. 3000 und 1000 Frank (Kleinbillsatz)	245,00—246,00 245,50—244,50
Pfund Sterling	71,25—70—50
Dollar	118—117—117,50 118,50—75 und 500er 116,75—118,00
Dumaturbel 1000er	63,50—25—00 68,25—00
Dumaturbel 250er	
Kronen	52,75—52,90 52,90—52,80

Danksagung.

Für die liebvolle Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste meines lieben Sohnes, meines übergebliebenen lieben Vaters

Adolf Hein

sagen wir hierdurch allen, die dem Heimgegangenen die letzte Ehre erwiesen haben, unseren tiefsinnigsten Dank. Besonders danken wir Herrn Pajos Hodrian für die trostreichen Worte im Trauerhause und am Grabe sowie den Herren Ehrenträgern und den edlen Trauergästen.

844 Die tiefbetrübte Hinterbliebenen.

Ogłoszenie.

Państwowy Zarząd Skarbowy dla miasta i okręgu łódzkiego zawiadamia pp. właścicieli nieruchomości, względnie ich zastępców w m. Łodzi, że termin skierowania deklaracji do wymiaru podatku od nieruchomości przedłuża się do 15 Czerwca r. b.

Za niezłożenie deklaracji w tym ostatecznym nieprzekraczalnym terminie pobierana będzie grzywna w wysokości 50 marek na zasadzie art. 67 ustawy z dnia 6-go Czerwca 1910 r.

Łódź, dnia 2-go czerwca 1919 roku.

Prezes: Pilcer.

Deutsches Mädchen-Gymnasium (früheres Lyzeum).

Anmeldungen neuer Schülerinnen für das Schuljahr 1919/20 werden bis zum 20. Juni in der Konzern, Sienkiewicz-Straße Nr. 44 und vom 21. Juni an im Deutschen Realgymnasium, Rozwadowaska-Straße Nr. 7, entgegen genommen.

Beizubringen ist: Tanzschein, Impfschein und M. 20 Einschreibegeblähen.

Der Vorstand.

Wiener Zahnärztliche Klinik, Nawrotstr. 4

Zahnärzten, Nervenärzten und Zahnbeobhern garantieren ganz ohne Schmerzen zu sehr billigen Preisen.

Kestler - Verkauf!

Billigste Preise! Herren- und Damenstoffe.

Große Auswahl! Bosphor- und Trotostoffe.

Wulczanofakt. Nr. 140, Offizine, Partere rechts.

Zum Auschneiden!

Zum Auschneiden!

Fahrplan der Kalischer Bahn.

Zug Nr.	Ankunft Lodz	Abschafft Lodz	von	nach
493 Gützug	—	136	Warschau	Posen
462	319	401	Kalisch	Warschau
404 Gützug	523	524	Posen	Warschau
461 Prfz.	738	810	Warschau	Kalisch
414 Prfz.	640	650	Kalisch	Warschau
415	838	852	Warschau	Kalisch

Die unterstrichenen Minuten-Ziffern bedeuten die Zeit von 6 Uhr abends bis 8 Uhr mittags.

Kleidersfärberei „Gloria“

färbt sämtliche Garderoben in 8 Tagen, Trauersachen in 24 Stunden.

Annahmestellen: 1) Benedykt-Straße Nr. 11,
2) Targowa-Straße 34
in Zierni, Lange-Straße Nr. 48.

Kunstfärberei Chemische Dampf- u. Weisswäscherie

L. FRIEDRICH

Fabrik: Konstantiner 40 LODZ Filiale: Petrikauer 128.

Größte Schonung der Weisswäsche.
Chemische Reinigung
Abteilung für Gardinen-
wäscherie, Spannerei
und Stores.
Inspizienten
Deklatur
Aufdämpfen von Samt-
und Plüschgarderoben

Färberei
Möbelstoffe
Straßen- und Bra-
färberei
Spitzenfärberei
Färberei à la Nesso
Trauersachen werden binn
24 Stunden gefärbt.

Dr. med. Charlotte Eiger

Geburthilfe und
Frauenkrankheiten
Dlugi str. 46 (Ecke Zielona)
Empfangt von 4—6 Uhr nachm.

Dr. S. Kantor

Spezialarzt
für Haut- u. Venenkrankheiten
Betrifft: Petrikauer Straße Nr. 144,
der Evangelische Straße
Behandlung mit Mönchstränen u.
Daunen (Karanfil). Elektrification u.
Massage (Männer-
wäsche). Krankenbehandlung von
7—22 u. v. 8—8, d. Domu n. 5—6.

Dr. Ludwig Falk

Spezialarzt für Haut-
und Geschlechtskrankheiten,
empf. v. 10—12 u. 5—7 Uhr nachm.

Krawot-Straße 7.

Unterricht in der deutschen,
polnischen und
russ. Sprache, so-
wie im Rechnen u. Stenogra-
phie ertheilt Albert Leder,
dokt. Lehrer. 80!
Dzielnastraße 36, W. 13.

Englisch

ertheilt akademisch gebildeter Herr
(Dr. oec. publ.) Adalbert Leder
aus
empf. v. 10—12 u. 5—7 Uhr nachm.

Unterricht

in der deutschen,
polnischen und
russ. Sprache, so-
wie im Rechnen u. Stenogra-
phie ertheilt Albert Leder,
dokt. Lehrer. 80!
Dzielnastraße 36, W. 13.

Student- Ingenieur

(Universität Lüttich) mit 12jähriger
Lehrerfahrt, ertheilt Unterricht

Spezial: Mathematik und Fran-
zösisch. Volundniowstraße 28.
Wohnung 26. Zu sprechen von
8—10 und von 3—4 Uhr. 832

Ein anständiges intelligentes

Fräulein

sucht Tagesstellung, als Bonne,
Wirtschaftierin; versteht auch
etwas zu nähern, bin in der Wirt-
schaft wie im Geschäft bewandert
und besitzt gute Kenntnisse. Öfferten
unter „A. M. 829“ an die Ers.
d. Bl. erbeten. 829

Verchiedene

Möbel

findt billig zu verkaufen. Młosha

Straße 32—22. 820

Zwei

Nähmaschinen

eine gedrehte und eine offene, joi-
nen, preiswert zu verkaufen.

Deprzynski, Petrikauer 105.

Sofort

oder 1. Juli zwei Zimmer

und Küche mit Begründungen

von ruhigem Mietz mit einem

Kinde, gefügt. Öfferten abzugeben

an Franz Postleb, Petrikauer

Straße 7. 719

Karta węglowa

na imie Józefa Głydzak,

zawod: Prosz, zwiedz.

Piotrkowska 277. 843

Bergeblich

warten Sie auf

einen Auftrag,